

Lockdown wird härter

Bund und Länder wollen die Kontakte der Bürger weiter beschränken. Die bereits für den Herbst versprochenen Corona-Hilfen sind immer noch nicht ausgezahlt.

J. Hildebrand, D. Riedel, G. Waschinski

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten haben den Lockdown nicht nur wie erwartet bis Ende Januar verlängert - sondern zudem drastisch verschärft. Kontakte sollen weiter reduziert und die Mobilität eingeschränkt werden. Über einige Details wurde bei Redaktionsschluss noch verhandelt. Es zeichnete sich aber bereits ab, dass Treffen nur noch mit einer nicht im Haushalt lebenden Person erlaubt sein sollen. Zudem sollen die Menschen in Corona-Hotspots ihren Bewegungsradius auf ein Umfeld von 15 Kilometern um den Wohnort beschränken.

Die Lockdown-Verlängerung trifft die Wirtschaft hart. Große Teile des Einzelhandels und Dienstleister wie Friseure bleiben bis 31. Januar dicht. Die bereits Anfang November angeordnete Schließung der Gastronomie besteht ebenfalls fort. Um den Leidensdruck für die Wirtschaft zu mildern, versprochen Merkel und die Ministerpräsidenten, ab 10. Januar die sogenannten Novemberhilfen auszuzahlen, bei denen Unternehmen und Selbstständige bis zu 75 Prozent des Umsatzes ersetzt bekommen. Zuvor hatte es harte Kritik wegen der Verzögerung bei der Bearbeitung der Hilfsanträge gegeben.

Der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, hält einen Frühjahrsaufschwung trotz längeren Lockdowns für nicht ausgeschlossen. "Wenn wir im Februar oder März wieder zu leichten Lockerungen kommen können, dann ist im zweiten Quartal durchaus ein starker Aufschwung möglich", sagte er dem Handelsblatt. J. Hildebrand, D. Riedel, G. Waschinski - Fortsetzung auf Seite 4 /// Lockdown wird härter // .

Auf eine Verlängerung des Lockdowns bis Ende Januar waren alle eingestellt. Die meisten Ministerpräsidenten hatten sich in den vergangenen Tagen schon dafür ausgesprochen. Doch kurz vor ihrer Videoschalte mit den Länderchefs sorgte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) für eine Überraschung. Die Beschlussvorlage aus dem Kanzleramt sah nicht nur eine Verlängerung, sondern auch eine Verschärfung der Maßnahmen vor.

Dazu zählt in Corona-Hotspots auch die Einschränkung des Bewegungsradius der Bürger. In Regionen mit mehr als 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen einer Woche sollen die Menschen ihren Bewegungsradius auf ein Umfeld von 15 Kilometern um den Wohnort beschränken, sofern kein triftiger Grund vorliegt. Details waren in dem Entwurf aber noch offen.

Um den Unmut von Unternehmen und Selbstständigen etwas zu lindern, versprechen die Kanzlerin und die Länderchefs nun immerhin eine baldige Auszahlung der seit November ausstehenden finanziellen Unterstützung. "Die vollständige Auszahlung der beantragten Novemberhilfe über die Länder erfolgt spätestens ab dem 10. Januar 2021", hieß es im Beschlussentwurf. Bisher gibt es nur Abschlagzahlungen.

Das Wort "ab" dürfte die Betroffenen allerdings misstrauisch machen. Denn sie warten nun schon lange auf die Bearbeitung ihrer Hilfsanträge. An der Fertigstellung der entsprechenden Software für Prüfung und Bearbeitung der Anträge werde "derzeit mit Hochdruck gearbeitet", hatte das Bundeswirtschaftsministerium vor einer Woche auf eine entsprechende Anfrage der FDP geantwortet.

Und noch eine Hürde konnte die Bundesregierung bisher nicht aus dem Weg räumen: Für größere Hilfszahlungen über vier Millionen Euro ist eine beihilferechtliche Genehmigung der EU-Kommission erforderlich. Wann diese kommt, ist noch immer unklar. "Hierzu befindet sich die Bundesregierung derzeit in intensivem Austausch mit der Europäischen Kommission und strebt eine schnelle Notifizierung und Entscheidung der Kommission an", heißt es in der Antwort des Wirtschaftsministeriums.

FDP-Fraktionsvize Christian Dürr, der die Anfrage gestellt hatte, kritisiert die Regierung für die Verzögerungen. "Ende Oktober haben die Minister Scholz und Altmaier großspurig Milliardenhilfen für den November angekündigt." Zwei Monate später sei immer noch nicht klar gewesen, wann die Software dafür bereitstünde. Genauso sei noch immer unklar, ob die EU die letzte Stufe der Novemberhilfen überhaupt genehmigen werde. "Für die Betriebe ist das ein Desaster."

Auch Wirtschaftsverbände empören sich über die schleppende Auszahlung der Hilfen. "Im Ankündigen ist die Bundesregierung schnell, beim Umsetzen hapert es an vielen Stellen", sagte der Präsident des Verbands der Familienunternehmer, Reinhold von Eben-Worlée.

Das Versprechen von Bund und Ländern, ab 10. Januar mit der Auszahlung zu beginnen, ist immerhin ein Lichtblick. Das gilt auch für eine zweite Ankündigung: Seit Dienstag gibt es für die "Dezemberhilfen" ebenfalls Abschlagzahlungen. Unternehmen erhalten bis zu 50.000 Euro, Soloselbstständige bis zu 5000 Euro.

Diese Vorschüsse erreichen aber nicht annähernd die versprochene Höhe der Unterstützung. Für die Novemberhilfe hat Finanzminister Olaf Scholz (SPD) mit 15 Milliarden Euro kalkuliert, für Dezember sogar mit Kosten von 4,5 Milliarden Euro pro

Woche. Die Abschlagzahlungen für die Novemberhilfe belaufen sich bisher auf 1,2 Milliarden Euro, für Dezember auf 250 Millionen.

Die Bundesregierung hatte Ende Oktober eine großzügige Unterstützung für Unternehmen, Selbstständige, Einrichtungen und Vereine angekündigt. Sie bekommen bis zu 75 Prozent ihres Umsatzes vom Staat ersetzt. Davon profitieren etwa Restaurants, die von den damals als "Lockdown light" angekündigten Schließungen betroffen sind. Man werde "schnell und unbürokratisch helfen", versprach Finanzminister Scholz damals.

Allerdings kritisierten Ökonomen die Novemberhilfe von Anfang an als wenig zielgenau. Diese Erkenntnis setzte sich auch in der Bundesregierung durch. Als der Lockdown im Dezember verschärft wurde, sollte es für den Einzelhandel keinen Umsatzeratz mehr geben. Und auch Gastronomen erhalten ihn ab Januar nicht mehr. Nun müssen Unternehmen und Selbstständige die sogenannte Überbrückungshilfe III beantragen, sie ist ein Zuschuss zu den Fixkosten. Allerdings ist eine Antragstellung bisher nicht möglich.

Die Verzögerungen bei den Hilfen machen deutlich, wo in Deutschland der Engpass ist: Es ist die bürokratische Abwicklung, an den finanziellen Möglichkeiten des Staates liegt es hingegen nicht. Deutschland nimmt so viel Geld in die Hand wie kaum ein anderes Land, um seine Wirtschaft in der Coronakrise zu unterstützen. Wie viel genau, das zeigt eine Übersicht des Bundesfinanzministeriums: Danach summieren sich alle Corona-Maßnahmen für 2020 und 2021 auf insgesamt 1,5 Billionen Euro. Gut die Hälfte davon sind Garantien, die vor allem der Bund übernimmt. Aber auch die Ausgaben in den Haushalten von Bund und Ländern sind gewaltig. Die Länder geben in beiden Jahren insgesamt rund 108 Milliarden Euro aus. Der Bund plant 2021 mit haushaltswirksamen Corona-Maßnahmen in Höhe von 155 Milliarden Euro. Das ist viel - allerdings weniger als die veranschlagte Neuverschuldung für das laufende Jahr. Die beträgt fast 180 Milliarden Euro.

Der FDP-Abgeordnete Karsten Klein, der die Übersicht im Ministerium erfragt hatte, kritisiert deshalb Scholz. "Die Neuverschuldung ist höher als das finanzielle Volumen der durch die Coronakrise bedingten Maßnahmen", sagte er. Die Bundesregierung ignoriere die Mahnung des Bundesrechnungshofs, auch in der aktuellen Notsituation eine nachhaltige und transparente Finanzpolitik zu verfolgen, so Klein.

Neben der Auszahlung der Hilfen versucht die Politik nun offenbar, auch bei den Corona-Impfungen mehr Tempo zu machen. Bundeskanzlerin Merkel telefonierte mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über eine mögliche bilaterale Kooperation bei der Impfstoffproduktion. Und die EU verhandelt nach Informationen des "Spiegels" mit dem Impfstoffentwickler Biontech über eine deutliche Aufstockung der Lieferungen - die aber voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte bei den Patienten ankommen würde. Jan Hildebrand, Klaus Stratmann, Gregor Waschinski

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wenn wir im Februar oder März zu Lockerungen kommen können, ist im zweiten Quartal ein starker Aufschwung möglich.

Lars Feld

Chef der Wirtschaftsweisen

1,2 Milliarden Euro Abschlagszahlungen wurden bisher erst im Rahmen der November- und Dezemberhilfen geleistet.

Quelle: Bundesfinanzministerium

Riedel, D.

Hildebrand, Jan

Stratmann, Klaus

Waschinski, Gregor

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 003 vom 06.01.2021 Seite 001
Ressort:	Thema des Tages Seite 1
Dokumentnummer:	AC2B0095-E3D1-49C2-BF46-D47340D65040

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://archiv.handelsblatt.com/document/HB_AC2B0095-E3D1-49C2-BF46-D47340D65040%7CHBPM_AC2B0095-E3D1-49C2

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. - Zum Erwerb weitergehender Rechte: nutzungsrechte@vhb.de